**Zeitschrift:** Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin

**Band:** 120 (1994)

**Heft:** 22

Artikel: Der Ministerpräsident von Sachsen, Dr. Kurt Biedenkopf, ein Intimfein

des Kanzlers, erhielt kürzlich einen Brief, den wir hier veröffentlichen :

Schuld sind wieder einmal die Juden

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-605902

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF: 25.11.2025** 

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Ministerpräsident von Sachsen, Dr. Kurt Biedenkopf, ein Intimfeind des Kanzlers, erhielt kürzlich einen Brief, den wir hier veröffentlichen

## Schuld sind wieder einmal die Juden

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich habe lange geschwiegen, gibt es doch keine beredtere Sprache als das Schweigen. Manchmal muss man verstummen, um gehört zu werden, aber wenn Schweigen zu einer kommerziellen Tugend verkommt, muss es gebrochen werden. Wenn gar nur aus Feigheit geschwiegen wird, wie so viele Opportunisten und intellektuelle Trittbrettfahrer das tun, dann ist es an der Zeit, dieses Maskenspiel der angeblich Sprachlosen zu beenden.

Herr Ministerpräsident, die beiden Deutschland, Ost und West, sind nicht mehr auf Kollisionskurs, aber die Hirne ihrer Menschen sind gegeneinander programmiert. Dabei gibt uns der Blick zurück in unsere gemeinsame Vergangenheit die Sicht frei für die Zukunft.

Mein Vater war in der Geheimen Staatspolizei. Er tat seine Pflicht, hat sich nicht um das Notwendige gedrückt. Er hat für Volk, Vaterland und Führer seine Haut hingehalten. Ich bin seinem Beispiel gefolgt und habe im Staatssicherheitsdienst des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden als Major dem Frieden und dem Wohl unseres Volkes gedient. Und jetzt soll das nicht mehr richtig gewesen sein? Ich habe Befehlen gehorcht und meinen Untergebenen eingeschärft, beim Niederknüppeln aufrührerischer Demonstranten schonend zuzuschlagen. «Wenn ihr die krankenhausreif schlagt», habe ich sie streng ermahnt,

«dann schadet, ja sabotiert ihr unsere Volkswirtschaft und untergrabt den gerechten Kampf gegen unsere Volksfeinde.» Es war ja Aufgabe der Sicherheitsorgane, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und Unruhestifter so zu behandeln, dass sie nicht der Produktivität und Wertschöpfung auf Dauer entzogen blieben. Ich rechne es mir heute noch als Verdienst an, dass ich nie mit voller Wucht zuschlagen liess. Ein deutscher Patriot weiss seine Strafmittel kostenbewusst einzusetzen, und deshalb gebe ich meiner Verwunderung Ausdruck über die plötzliche und ungerechtfertigte Entlassung aus dem Polizeidienst nach 30 Jahren selbstlosem und nicht selten rücksichtslosem Einsatz für unser Vaterland.

Die kürzlich vom Innenministerium veranlasste Rücknahme der 1100 Entlassungen aus dem sächsischen Polizeidienst ist zwar ein gerechtfertigter Akt der Wiedergutmachung, doch ich gestatte mir, Einspruch zu erheben gegen die neuerliche Fragebogen-Aktion zum Zweck eines abermaligen Aussiebens verdienter Polizisten. Nichts braucht das Land in diesen Zeiten steigender Kriminalität dringender als erfahrene Polizeibeamte. Selbst die West-Alliierten haben 1945 diese Notwendigkeit erkannt, als sie meinen Vater nach kurzer Überprüfung wieder einstellten. In einem Spruchkammerverfahren wurde er als kleiner Mitläufer eingestuft eigentlich auch eine unbedachte Ungerechtigkeit, denn mein Vater war kein Mitläufer. Er hat dem Führer mit Leib und Seele

gedient, ist in der polnischen Etappe den Sicherungsaufgaben mit äusserstem Pflichteifer nachgekommen und hat sogar dem einen oder anderen Juden geholfen, seine Sachen beim Abtransport zu packen. Er brauchte keine Persilscheine zu seiner Entlastung nach dem Kriege, die Bundesrepublik hat seine hohen Verdienste voll gewürdigt und ihn zum Polizeioberrat aufsteigen lassen, wobei man genau wusste, dass er in der SS den Rang eines Obersturmbannführers nur pro forma geführt hatte. Die Auszeichnungen, die er von Heinrich Himmler erhielt, bekam er für seine Arbeit als Polizeiführer und nicht als gleichgeschaltetes Mitglied der SS.

Dem drohenden Chaos nach dem Zusammenbruch 1945 und dem Tod des Führers ist Vater mit den ordnenden Prinzipien eines Aufrechten zu Leibe gerückt. Diesem Beispiel folgend, habe ich mich dem Arbeiterund Bauernstaat mit aller Kraft zur Verfügung gestellt. Wo gehobelt wird, fallen auch Späne. In der DDR, verehrter Herr Ministerpräsident, wurde viel gehobelt, und wenn die Freunde meiner beiden Jungen heute unser Volk vor rassischer Durchmischung beschirmen, behüten und bewahren wollen, so ist ihre Sorge und ihr Eingreifen ebensowenig verderblich wie unser Bemühen, rassenfremde Elemente dem Volkskörper fernzuhalten. Das Ausräuchern einer Synagoge ist zwar eine Massnahme, die ich offiziell nicht gutheissen kann, aber die Frage muss noch erlaubt sein, warum so wenige Juden in unserer Mitte



Das alte Lied

es für angeraten halten, die Bevölkerung mit ihren artfremden Gebetshäusern zu provozieren. Wir bauen ja auch keine Kathedralen im schwärzesten Afrika. Gewiss, es ist dem Ruf und

Image des deutschen Volks abträglich, wenn junge Menschen Häuser in Brand stecken, aber die Täter sind ja halbe Kinder, die wir in der Deutschen Demokratischen Republik viel

besser in der Jugendorganisation FDJ aufgehoben wussten. Es ist Zeit, eine Nachfolge für den Reichsarbeitsdienst zu gründen, um verirrten Jugendlichen in nationalen Begegnungsstätten Halt und Aufgaben zu geben. Man könnte den grossen internationalen jüdischen Organisationen den Vorschlag machen, ihre überzähligen Gelder in solche Einrichtungen zu stecken. Damit würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Die Jugendlichen kämen von der Strasse weg, und jüdische Friedhöfe und Bethäuser würden nicht so oft geschändet werden. Man könnte das herumvagabundierende Geld auch jenen sozialen Einrichtungen zufliessen lassen, die in den verödeten Stadtteilen vieler Metropolen der Bundesrepublik für Gemeinschaftsaktivitäten sorgen. Sie könnten Bauspielplätze, Jugendtreffs und Kindergärten erhalten helfen. Juden und andere Fremde müssen selber dafür sorgen, dass sie von unserem Volk nicht als lästig, anmassend gar empfunden werden. Nur so können wir das austrocknen, was unserem Volk schadet. Die Juden und die anderen sind selber schuld, wenn sie jetzt nicht ihren finanziellen Beitrag leisten, sich vor Angriffen durch grosszügige Spenden zugunsten dieser Jugendtreffs zu schützen.

Wir, die wir stets unsere Pflicht getan haben, werden auch in Zukunft nicht zurückstehen, um in gemeinsamer Anstrengung die Wunden, die wir uns geschlagen haben, zu heilen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Grosskurtz (Polizeirat i. R.)

REKLAME Telefon 093/33 02 32 Familie Amstutz